

Frage

*Mit welchen Maßnahmen soll nach Kenntnis der Bundesregierung die Kooperation der Polizeiorganisation Interpol und dem Counter-Terrorism Committee Executive Directorate (CTED) der Vereinten Nationen im Bereich der Terrorismusbekämpfung intensiviert werden, wie es in einem Abkommen von Interpol Generalsekretär Jürgen Stock und dem CTED-Direktor Jean-Paul Laborde beschlossen wurde und wozu bekannt ist, dass untereinander Wissen weitergegeben und Ressourcen gebündelt werden sollen sowie ein Anti-Terrorismus-Aktionsplan zur Grenzsicherung erarbeitet wird (Pressemitteilung des CTED vom 21. Juli 2017, "INTERPOL and United Nations CTED enhance cooperation through formal agreement"), und inwiefern sollte sich diese erweiterte Kooperation aus Sicht der Bundesregierung auch auf die Verarbeitung von Informationen aus militärischen Quellen beziehen?*

Antwort

Das Kooperationsabkommen zwischen der Internationalen kriminalpolizeilichen Organisation-Interpol (IKPO-Interpol) und dem Counter-Terrorism Committee Executive Directorate (CTED) sieht ergänzend zu den in der Frage beschriebenen Kooperationsfeldern (Wissensvermittlung, Ressourcenbündelung, Erstellen eines Aktionsplans) insbesondere folgende Maßnahmen vor:

- Bestimmen von Projekten zur Förderung und Anwendung der weltweiter Terrorismusbekämpfungsstrategie der IKPO-Interpol,
- Identifizierung von Synergien bei bereits bestehenden sowie geplanten Initiativen der beiden Organisationen,
- Führen eines Dialogs mit anderen internationalen und regionalen Organisationen und ggf. dem privaten Sektor im Zusammenhang mit der Bekämpfung des internationalen Terrorismus,
- gegenseitige Unterstützung bei entsprechenden Veranstaltungen und Seminaren,
- gemeinsame Beschreibung und Implementierung von Projekten,

- Nutzung der Produkte und Services der IKPO-Interpol zur Unterstützung bei der Umsetzung von Resolutionen des Weltsicherheitsrates, z. B. Resolution Nr. 2322 [2016] zur Stärkung der internationalen Kooperation zur Bekämpfung des Terrorismus.

Ein Bezug zur Verarbeitung von Informationen aus militärischen Quellen ist aus dem Abkommen nicht ersichtlich. Das Abkommen schließt einen Austausch von personenbezogenen Daten und von als vertraulich eingestuft Informationen ausdrücklich aus.